

GERMANWATCH

Zeitung für zukunftsfähige Nord-Süd-Politik

Schwerpunkt: WTO & Weltagrarhandel

Liebe Leserin,
lieber Leser,

draußen ist es kalt, während es in Hongkong heiß hergeht: Die Mitglieder der Welthandelsorganisation (WTO) verhandeln dort die nächste Liberalisierungsrunde. Die WTO und die von ihr gemachten Handelsregeln werden von vielen scharf kritisiert, so auch von Jean Ziegler, dem UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung (S.2). Er plädiert für die Abschaffung von WTO und Internationalem Währungsfonds IWF. Wir von Germanwatch werden uns in Hongkong vor Ort kritisch einmischen und täglich via Internet berichten.

Reuben Matango, Vorsitzender einer tansanischen Zuckerrohrbauerngewerkschaft, berichtet von Erfolgen bei der Armutsbekämpfung durch den Anbau von Zuckerrohr in Tansania (Interview S.4). Doch diese positive Entwicklung könnte durch die EU-Zuckermarktreform vom 24.11.05 schon bald abrupt zu Ende sein.

Egal ob auf EU- oder WTO-Ebene, Germanwatch setzt sich seit langem für einen fairen Welthandel ein. Wir würden uns freuen, wenn Sie uns dabei (weiter) unterstützen würden. Vielen Dank und anregende Lektüre!

K. Lanje

Kerstin Lanje
Referentin für Welthandel &
Welternährung

„Ein Kind, das heute an
Hunger stirbt, wird ermordet.“
Interview mit Prof. Jean Ziegler S. 2

Freihandel auf Kosten der Armen
Kommentar zur WTO-Politik S. 3

Hohe Gewinne mit Zuckerrüben
Interview: Westfälischer Rübenbauer S. 4



Warum ich Germanwatch
wichtig finde

Germanwatch setzt sich für wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit weltweit ein. Es bringt die Probleme an die Öffentlichkeit, betreibt intensive Lobbyarbeit und versucht, Politiker zu beeinflussen, damit es faire Handelsbedingungen gibt. Das ist sehr wichtig für uns, besonders im Zuckerbereich, wo Germanwatch sehr aktiv ist. Durch die Zuckerindustrie haben in Mosambik viele Menschen Arbeit bekommen, in vielen Regionen gibt es dadurch Schulen, Krankenhäuser und Elektrizität.

Rev. Dinis Matsolo
Generalsekretär des Nationalen
Kirchenrates Mosambik

WTO tagt, Kleinbauern hungern

Es ist klar, welche Handelsmaßnahmen gegen Hunger und Armut helfen würden. Doch sie widersprechen dem Liberalisierungscredo der WTO und den Exportgelüsten der Agrarindustrie.

Um Milch, Zucker, Getreide, Gemüse, Bananen und Baumwolle geht es derzeit wieder bei den Verhandlungen der Welthandelsorganisation (WTO). In Hongkong findet vom 13.-18. Dezember die 6. WTO-Ministerkonferenz statt. Das Ziel sind handfeste Ergebnisse, um nächstes Jahr die seit 2001 laufende Handelsrunde abschließen zu können. Doch eine Einigung ist nicht in Sicht.

Bei den Verhandlungen in der WTO soll der Agrarhandel weiter liberalisiert werden. Es geht um den Abbau von Zöllen, Subventionen für die Landwirtschaft und Exportsubventionen - und damit auch um die Lebensbedingungen und das Überleben vieler Menschen, besonders in ländlichen Gebieten der Entwicklungsländer. Schon lange kämpfen Kleinbauern in Burkina Faso gegen die Konkurrenz von billig importiertem Milchpulver aus der EU. In Jamaika haben die Kleinbauern diesen Kampf bereits vor Jahren verloren, die früher gut funktionierende heimische Milchwirtschaft gibt es fast nicht mehr. Baumwollbauern in Mali und dem Tschad stehen vor dem Ruin, weil sie sich gegen die hochsubventionierte Billigware aus den USA nicht behaupten können.

Die Folgen sind überall dieselben: Die heimischen Bauern können ihre Produkte nicht mehr verkaufen, ihnen und ihren Familien droht Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger. Die meisten der weltweit über 850 Millionen hungemden Menschen leben in Entwicklungsländern im ländlichen Raum, die Mehrheit von ihnen sind Kleinbauern. Die Landwirtschaft ist oft ihre einzige Möglichkeit, die Ernährung zu sichern und Geld zu verdienen. Doch auf den Märkten in Entwicklungsländern kassieren seit Jahren vor allem große Exportbetriebe aus den USA und der EU. Trotz kapitalintensiver Produktionsmethoden können sie die Preise niedrig halten, weil die Landwirtschaft in vielen Industrieländern massiv subventioniert wird: Üppige sogenannte „interne Unterstützungsmaßnahmen“ wirken wie Produktionssubventionen. Zusätzlich erhalten Exporteure Exportsubventionen. Die Produkte werden so unterhalb der Produktionskosten auf den Weltmarkt gebracht – sogenanntes Dumping. Gleichzeitig schützen sich dieselben Länder mit massiven Schutzzöllen gegen Importe aus Entwicklungsländern. So liegt der Zollsatz in der EU für Milchprodukte so hoch, dass dies einem Importverbot gleichkommt.

Schutz für heimische Landwirtschaft
Nun wird also wieder verhandelt über die weltweiten Handelsregeln. 2001 riefen die Industrieländer in Doha die derzeitige Handelsrunde noch als „Entwicklungsrunde“ aus. Dies erweist sich immer mehr als Rhetorik. Denn eines der Hauptanliegen der Entwicklungsländer, die heimische Landwirtschaft und lokale Märkte durch Importzölle schützen zu können, findet sich in den zentralen Diskussionen



No WTO! Vor WTO-Treffen kommt es immer wieder weltweit zu Massenprotesten. Auch viele Bauern wehren sich gegen die Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik der WTO - wie diese Bäuerin in Bangkok kurz vor der letzten WTO-Ministerkonferenz in Cancun.

nicht wieder. Auch die Sorge der AKP-Staaten (Länder aus Afrika, Karibik- und Pazifikraum) um den Verlust ihrer Handelspräferenzen für die EU findet kaum Gehör. Im Gegenteil, es wird über erleichterten Marktzugang verhandelt, der vor allem von den Industrieländern gefordert wird. Doch dabei herrscht große Uneinigkeit. Die Grenzen des Verhandlungsmandats seien erreicht, tönt es aus vielen Ländern der EU. Gemeint ist das letzte EU-Angebot, dass eine 46-prozentige Senkung der EU-Importzölle im Agrarbereich vorsieht. Für viele Entwicklungsländer sind die Verhandlungsgrenzen aber längst weit überschritten. Eine Einigung ist nicht in Sicht. Ein Scheitern wie in Cancun vor zwei Jahren vor Augen, wurden kurzerhand die hochgesteckten Ziele für den Gipfel gesenkt. Es wird wohl keine konkreten Abmachungen geben – weder für

die Zollreduktion noch für den Subventionsabbau.

Entwicklungspaket ist Mogelpackung
Stattdessen will man die Entwicklungsländer nun mit einem „Entwicklungspaket“ zum Einlenken bewegen. Doch das Paket ist eine Mogelpackung: Es beinhaltet den Marktzugang für Agrarprodukte der am wenigsten entwickelten Länder (LDC) - der von der EU sowieso schon zugesagt wurde - und eine „Hilfe für den Handel“: Dies sind vor allem Exporthilfen, die Kleinbauern kaum helfen, weil diese meist lokale Märkte bedienen.

Es ist klar, dass eine Liberalisierung des Handels, wie sie derzeit vorgesehen ist, keine Entwicklung in Entwicklungsländern schaffen wird. Dies gilt nicht nur für den Agrarbereich, sondern auch für industrielle und andere Güter.

Nur mit einem fairen Welthandelssystem wäre Entwicklung möglich: Entwicklungsländer müssen das Recht haben, ihren nationalen Agrarmarkt durch Importzölle zu schützen. Und unfaire Handelspraktiken wie Dumping müssen endlich unterbunden werden. Eine Handelsrunde, die den Namen Entwicklungsrunde verdient, muss Kleinbauern und ländliche Entwicklung fördern und damit Hunger und Armut bekämpfen. Dafür sollten die Weichen in Hongkong gestellt werden!

Sarah Kahnert

Hongkong aktuell

Tagesaktuelle Berichte von unseren Handlungsexperten vor Ort von der WTO-Konferenz in Hongkong, Interviews, Hintergründe, einen Pressespiegel, ein Glossar mit Fachbegriffen und mehr: www.germanwatch.org/wto.htm

„Ein Kind, das heute verhungert, wird ermordet.“

Der Schweizer Soziologe und UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, Jean Ziegler, ruft zum Aufstand gegen die Weltherrschaft der Konzerne auf und plädiert für eine Auflösung von WTO und IWF.



Herr Professor Ziegler, in Ihrem neuen Buch „Das Imperium der Schande“ sprechen Sie von einer Refeudalisierung der Welt. Was meinen Sie damit?

In den letzten Jahrzehnten sind auf der Erde unglaubliche Reichtümer entstanden, der Welthandel hat sich in den letzten 12 Jahren mehr als verdreifacht, das Welt-Bruttosozialprodukt fast verdoppelt. Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit ist der objektive Mangel besiegt und die Utopie des gemeinsamen Glückes wäre materiell möglich. Und gerade jetzt findet eine brutale, massive Refeudalisierung statt. Die neuen Kolonialherren, die multinationalen Konzerne – ich nenne sie Kosmokraten – eignen sich die Reichtümer der Welt an. Diese neue Feudalherrschaft ist 1000 Mal brutaler als die aristokratische zu Zeiten der Französischen Revolution.

Wie funktioniert diese Feudalherrschaft im 21. Jahrhundert?

Die Legitimationstheorie der Konzerne ist der Konsensus von Washington. Danach muss weltweit eine vollständige Liberalisierung stattfinden: Alle Güter, alles Kapital und die Dienstleistungsströme in jedem Lebensbereich müssen vollständig privatisiert werden. Nach diesem Konsen-

sus gibt es keine öffentlichen Güter wie Wasser. Auch die Gene der Menschen, der Tiere und Pflanzen werden in Besitz genommen und patentiert. Alles wird dem Prinzip der Profitmaximierung unterworfen. Dabei setzen die Konzerne zwei Massenvernichtungswaffen ein, den Hunger und die Verschuldung. Das Resultat ist absolut fürchterlich. Die Hungerzahlen steigen in absoluten Zahlen immer weiter an. Letztes Jahr sind nach dem Welternährungsbericht jeden Tag 100.000 Menschen an Hunger oder seinen unmittelbaren Folgen gestorben, alle 5 Sekunden ist ein Kind unter 10 Jahren verhungert. Und dies, obwohl die Weltlandwirtschaft schon heute – ohne Gentechnik, etc. – problemlos 12 Milliarden Menschen ernähren könnte, wie derselbe Bericht feststellt. D.h., es gibt keinerlei Fatalität für die Massenerstörung der Welt. Ein Kind, das heute an Hunger stirbt, wird ermordet.

Was muss passieren, um diese mörderische Entwicklung zu stoppen?

Zuerst muss die theoretische Legitimation dieses Systems, der Konsensus von Washington, die Ökonomisierung der Natur, diese Wahndee muss zerstört werden. Dann muss der Aufstand des Gewissens, ein Sozialaufstand, gegen die kosmokratische Minderheit, die die Welt beherrscht, organisiert und durchgesetzt werden. Denn diese kannibalische Weltordnung von heute ist das Ende sämtlicher Werte und Institutionen der Aufklärung, unter denen wir bisher gelebt haben, das Ende der Grundwerte, der Menschenrechte. Entweder wird die strukturelle Gewalt der Konzerne gebrochen. Oder die Demokratie, diese Zivilisation, wie sie heute in den 111 Artikeln der UNO-Charta oder im Deutschen Grundgesetz fixiert ist, ist vorbei und der Dschungel kommt. Es ist eine Existenzfrage.

Sie plädieren also für einen weltweiten Aufstand gegen die Macht der Konzerne. Sehen Sie dafür Ansätze?

Es gibt heute drei historische Kräfte, die zu mobilisieren sind: Die Utopie, die Scham und die Schande. Die Utopie, dass die Schaffung des gemeinsamen Glückes heute möglich ist. Die Scham, die eine Mutter in Nordostbrasilien empfindet, wenn sie Steine kocht, damit ihre Kinder beim Kochgeräusch einschlafen können, obwohl es wieder nichts zu essen gibt. Und die Schande, die wir empfinden, wenn wir mit ansehen müssen, wie Menschen gefoltert werden oder verhungern. Diese Macht der Schande muss mobilisiert werden bei uns, die wir die stillen Komplizen dieser mörderischen Weltordnung sind.

Was kann der Einzelne tun? Kann er dazu beitragen, die strukturelle Gewalt der Konzerne zu brechen?

Wer in einer Demokratie lebt, insbesondere einer westlichen, kann alles tun, um diese mörderische Weltordnung zu brechen. Ein Beispiel: Die Schuldnechtschaft der Dritten Welt, d.h. die Struktur-anpassungsprogramme, etc., wird verwaltet vom IWF, dem Internationalen Währungsfonds. Bei den halbjährlichen Generalversammlungen des IWF in Washington ist auch der deutsche Finanzminister dabei. Er hat großen Einfluss, denn Deutschland ist die drittgrößte Wirtschaftsmacht des Planeten. Brasilien hat nach der Statistik der Regierung 44 Millionen schwerst permanent unterernährte Menschen, knapp ein Viertel der Einwohner, obwohl es ein reiches Land ist. Aber aus 18 Jahren Militärdiktatur und von fünf neoliberalen Präsidenten hat der jetzige Präsident Lula, von dem ich sehr viel halte, einen Berg von Auslandsschulden von 242 Milliarden Dollar geerbt. Diese Auslandsschulden verschlingen einen großen Teil der mit Exporten gewonnenen Devisen. Damit hat er objektiv keine Möglichkeit, sein Programm "Fome Zero" gegen den Hunger im Land zu finanzieren. Seit zwei Jahren versucht er deswegen mit dem IWF über ein Moratorium der Schulden zu verhandeln und stößt dabei auf eine Betonwand. Die deutsche Öffentlichkeit, die Presse, die Parlamentarischen Institutionen, jeder Bürger mit seinem Wahlzettel könnte dem deutschen Finanzminister sagen: Wir wollen, dass Du beim IWF für das Schuldenmoratorium Brasiliens stimmst, weil wir nicht wollen, dass brasilianische Kinder weiter an schwerster Unterernährung leiden. Das geht! In der Demokratie sind die Mittel vorhanden, um diese Weltordnung umzustößeln und die Menschenrechte durchzusetzen.

Welche Rolle spielen die Welthandelsorganisation WTO und der IWF in dieser Ordnung?

Leider sind WTO und IWF die zwei entscheidenden Organisationen für die Nord-Süd-Beziehungen, die UN haben da nicht viel mitzureden. Bei beiden wird der neoliberale Konsensus von Washington dogmatisch durchgesetzt. Beide sind willige Helfer der Kosmokraten, sie müssen aufgelöst werden.

Sie glauben auch nicht, dass WTO, und IWF reformierbar wären?

Nein, das sind menschenzerstörende Organisationen. Menschen sterben jeden Tag wegen dieser Politik. Im Niger beispielsweise stehen heute 3,6 Millionen Menschen am Abgrund. Der IWF hat die

Bildung von Lebensmittelreserven letztes Jahr verhindert. Er hat dafür gesorgt, dass das größte Transportunternehmen des Landes privatisiert wird, ebenso wie das nationale Veterinäramt. Jetzt gibt es keine Impfstoffe mehr für das Vieh. Und jetzt hat der IWF auch noch verboten, dass Hirse gratis verteilt wird, auch von der UNO oder von NGOs, weil dies marktverzerrend sei. Das ist eine absolut mörderische Politik.

Wie sollte der Welthandel Ihrer Meinung nach geregelt werden?

Ich bin für gerechte Welthandelsregeln, die die Interessen beider Partner in jeder Phase berücksichtigen: frei ausgehandelt, ohne Zwang, nach den Prinzipien von Fairness und Transparenz. Das ist bei der WTO nicht der Fall: Die EU, USA, Kanada, Australien und Japan diktieren den Verhandlungsprozess. Sie haben eine totale Erpressungsmacht, weil sie 81% des Welthandels kontrollieren. Und sie können Mehrheitsentscheidungen blockieren, da alle Entscheidungen nur einstimmig von allen WTO-Mitgliedern getroffen werden. Diese so genannte Konsensregel ist eine reine Lüge: Sie nützt den Reichen, die einen Konsens mit wirtschaftlichen Versprechungen oder Drohungen erzwingen können. Zudem haben viele ärmere Länder gar nicht die Möglichkeit, an den langwierigen Verhandlungen ständig teilzunehmen - oft sind sie über wichtige Entscheidungen nicht informiert. Beispielsweise haben 18 afrikanische Länder gar keine Botschaft bei der WTO in Genf, weil sie es sich nicht leisten können. Ich bin für Welthandelsregeln, aber nicht für diese. Das sind diskriminierende, intransparente Erpressungsmechanismen.

Was gäbe es für Alternativen zur WTO?

Ein wichtiges Gegengewicht zur WTO ist schon jetzt die UNCTAD (UN-Konferenz für Handel und Entwicklung), sie arbeitet viel mit der Zivilgesellschaft zusammen. Eine neue Organisation zur Regelung des Welthandels sollte auf jeden Fall unter dem Dach der UNO angesiedelt werden, was ja bei der WTO nicht der Fall ist.

Was erwarten Sie vom WTO-Gipfel in Hongkong?

Nicht viel. Wenn die Positionen der Industrieländer vom WTO-Gipfel 2003 in Cancun sich nicht verändern, dann wird es kein Abkommen geben. Ein Streitpunkt wird wieder die Baumwolle sein. Bush wird die 600 amerikanischen Baumwollproduzenten weiter mit 5 Milliarden Dollar jährlich subventionieren. Die Baumwollpreise werden zusammenbrechen. Es wird darüber diskutiert, den fünf westafrikanischen Ländern, die völlig von der Baumwollproduktion abhängig sind – Burkina Faso, Benin, Mali, Niger, Senegal – deswegen finanzielle Kompensationen zu zahlen. Das wäre ein Bruch mit der reinen Marktlogik der WTO, zum ersten Mal hätte eine normative Dimension eingesetzt.

Die USA sind wegen der Baumwollsubventionen von der WTO verurteilt worden. Gibt es keine Sanktionsmöglichkeiten?

Ja, aber sie sind nicht effektiv. Kleine Länder wie Burkina Faso oder Senegal haben keine Chance. Sie könnten zwar bei einer Verurteilung der USA ein Importstopp für amerikanische Baumwolle verhängen,

aber das würde die Amerikaner nicht stören. Würden dagegen die USA ein Importstopp für Baumwolle aus Westafrika verhängen, wäre das der Ruin für die Region. Das ist eines der vielen Probleme der WTO, dass in der Realität nur die großen Länder effektive Sanktionen durchsetzen können.

Viele Menschen aus dem armen Teil der Welt versuchen in eine der Wohlstandsoasen wie die Europäische Union zu gelangen. Was kann die EU da tun?

Die EU müsste dringend ihre Export- und Produktionssubventionen in der Landwirtschaft abschaffen. Alle Industrieländer zusammen haben letztes Jahr für Produktions- und Exportsubventionen landwirtschaftlicher Güter 349 Milliarden US-Dollar ausgegeben – fast 1 Milliarde Dollar am

Tag! Die Zerstörung der lokalen Märkte in Entwicklungsländern durch Billigexporte aus der EU ist ein schon lange bekannter Skandal. Auf dem Markt in Dakar im Senegal können Sie europäisches Gemüse aus Frankreich, Portugal oder Spanien zu einem Drittel des einheimischen Preises kaufen. Die senegalesischen Bauern rackern sich 16 Stunden unter brennender Sonne ab. Auf dem Markt entdecken sie dann das Dumpinggemüse der EU. Sie haben keine Chance.

Es gibt Menschen, die sagen, dass alles wüssten wir doch schon seit Jahren, und es ändere sich trotzdem nichts.

Das stimmt nicht, das Bewusstsein weltweit steigt. Auch in der WTO selber haben die Kritik und die Forschungsarbeit von Organisationen wie Germanwatch Wirkung gezeigt. Es kommen Zweifel auf. Beim WTO-Gipfel in Cancun hat eine neue, erfolgreiche Symbiose stattgefunden zwischen Zivilgesellschaft und den Delegationen der Entwicklungsländer. Pascal Lamy, der Generaldirektor der WTO, hat dies gemerkt und sucht jetzt den direkten Dialog mit den NGOs. Die Zivilgesellschaft ist stark in Deutschland und der Welt.

Das Gespräch führte Ralf Willinger. Erweiterte Fassung des Interviews: www.germanwatch.org/zeitung/2005-4.htm

Kaum grüner

Ein Kommentar zur EU-Agrarpolitik

Aus Sicht des WWF haben sich die Erwartungen an die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU nur teilweise erfüllt. Ein zentrales, begrüßenswertes Element war die Entkopplung der Direktzahlungen an die Landwirte – deren Höhe hängt jetzt nicht mehr von der produzierten Menge ab. Dadurch sollte eine Extensivierung erreicht werden, d.h. ein Wechsel zu naturverträglicheren Anbaumethoden. Doch dies ist nur für wenige Sektoren wie Milch und Rindfleisch zu erwarten.

Das zweite zentrale Element der Reform war das Cross-Compliance – das Streichen aller Direktzahlungen an einen Betrieb bei Nichteinhaltung von Umweltauflagen. Zwar lässt sich künftig eine verstärkte Anwendung von Umweltstandards erwarten, da die Betriebe öfter kontrolliert werden und es höhere Strafen gibt. Aber die Anforderungen zum Erhalt der Flächen in gutem landwirtschaftlichem und ökologischem Zustand sind

von den meisten Mitgliedstaaten sehr schwach definiert worden. Sie haben damit kaum regulierende Wirkung. So werden die Landwirte dafür bezahlt, dass sie schon bestehende Gesetze einhalten. Und die verabschiedete Reform zur Förderung des ländlichen Raums? Positiv ist, dass mindestens 25% der finanziellen Mittel für den Bereich "Umwelt und Landmanagement" zu verwenden sind. Jedoch werden gerade für diesen Bereich signifikante Kürzungen der EU-Gelder erwartet.

Insgesamt wurden die Belange des Natur- und Umweltschutzes mit den Reformen zwar verstärkt und in kohärenterer Form in die agrarpolitischen Instrumente eingebunden. Dies ist aber bei weitem nicht ausreichend, um die landwirtschaftliche Produktion tatsächlich auf eine nachhaltige Grundlage zu stellen.

Tanja Dräger de Teran
 Referentin Internationale Agrarpolitik
 WWF Deutschland



Jean Ziegler:
Das Imperium der Schande. Der Kampf gegen Armut und Unterdrückung. Verlag C. Bertelsmann. München 2005. 320 Seiten. 19,90 Euro. Erhältlich im Buchhandel.

Freihandel geht auf Kosten der Armen

Märkte in Entwicklungsländern müssen geschützt werden

Beim WTO-Treffen in Hongkong wird wieder gepokert: Wir Industrieländer liberalisieren unseren Agrarmarkt, wenn ihr Entwicklungsländer uns dafür den Markt für Dienstleistungen und Industriegüter öffnet. Deutsche Brillen und Waschmaschinen für den indischen Markt im Tausch gegen - ja gegen was? Über die im Juni 2003 beschlossenen Vereinbarungen zur Gemeinsamen Agrarpolitik der EU hinaus darf die EU-Kommission in ihren Vorschlägen nicht gehen, dafür hat EU-Handelskommissar Mandelson kein Mandat. Die EU hat den Entwicklungsländern nicht mehr viel anzubieten.

Dennoch fordern die anstehenden Abkommen der WTO weitere Zugeständnisse der Entwicklungsländer. Sie sollen ihre Märkte öffnen und noch weitergehend gegen Agrarprodukte aus dem Norden konkurrieren.

Eine Marktöffnung bei gleichen Voraussetzungen mag noch eine gute Idee sein. Will man aber den Entwicklungsländern ermöglichen, eigene Wertschöpfungsketten aufzubauen und regionale Märkte zu entwickeln, dann

ist ein Schutz dieser Märkte notwendig. Schutzzölle und Subventionen wurden von fast allen Industrie- und Schwellenländern während des Aufbaus ihrer Wirtschaft eingesetzt. Dies sollte auch den Entwicklungsländern zugestanden werden.

Existenzerstörende Marktöffnung

Eine schnelle Marktöffnung würde viele Bauern in Entwicklungsländern ruinieren. Denn ihre Landwirtschaft ist meist nicht konkurrenzfähig: Sie ist weniger automatisiert, der Zugang zu Land, Krediten und Infrastruktur ist oft nicht gegeben. Dazu kommen unfaire Handelspraktiken der Industrieländer wie Dumping: Subventionierte Billigprodukte wie Milch, Zucker, Getreide, Gemüse oder Baumwolle aus EU und USA überschwemmen die Märkte in Entwicklungsländern.

Ähnlich sieht es bei den sogenannten Nicht-Agrargütern aus. Dazu gehören nach WTO-Logik auch Fischerei und Forstwirtschaft. Auch hier stehen der Abbau von Handelshemmnissen wie Zöllen an. Die Preise für diese Pro-

dukte würden dadurch ebenso sinken wie im Agrarbereich, die Ausbeutung der Ressourcen durch Konzerne würde zunehmen. Dadurch ist die traditionelle Nutzung von Fischbeständen und Wäldern gefährdet. Sie sind die Lebensgrundlage für weltweit 40 Millionen selbständige Fischer und über 1,6 Milliarden Männer, Frauen und Kin-

der, die den Wald nutzen zum Sammeln von Feuerholz, als Medizin oder als Nahrungsmittelressource.

Fazit: Ernährungssouveränität und nachhaltige ländliche Entwicklung sind nicht im Interesse der Verhandlungsführer in Hongkong. Die Existenzgrundlage von Kleinbauern, Fischern und Waldnutzern - und damit von ei-

nem Großteil der 850 Millionen hungernden Menschen weltweit - ist in Gefahr. Für sie wäre es ein Erfolg, wenn die angestrebten Abkommen in den Bereichen Agrar, Fischerei und Forstwirtschaft so wie geplant nicht zustande kommen.

Kerstin Lanje



Gemeinsamer Protest für faire Milchpreise: Sarah Kahnert (Germanwatch), Bernd Voß (AbL) und Alicia Kolmans (Misereor).

Agrarsubventionen unter der Lupe

Neue Studie zur EU-Agrarreform

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und Germanwatch haben in einer Studie die Effekte der EU-Agrarsubventionen untersucht lassen. Tobias Reichert, Handelsexperte und Autor der Studie, kommt zu dem Ergebnis, dass „die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) auch nach der letzten Reform kaum in der Lage sein wird, ausreichend zur Erfüllung gesellschaftlicher Ziele wie Umweltschutz und ländliche Entwicklung beizutragen“. Durch die Umstellung der Subventionen von produktionsgebundenen Direktzahlungen zu einer produktionsunabhängigen Betriebsprämie hat sich der Studie zufolge nichts Wesentliches geändert: Die Agrarbetriebe erhalten de facto die gleichen Zuschüsse wie vorher. Auch die Betriebsprämie fließt weiter vorrangig in die Taschen wohlhabender Großbauern. Sie verzehrt dreiviertel aller Ausgaben. Für die Maßnahmen zur Förderung von Umwelt und ländlicher Entwicklung bleiben deshalb nur geringe Mittel.

Auch die Lage der Entwicklungsländer wird sich durch die EU-Agrarreform nicht bessern, im Gegenteil: Bei wichtigen Produkten kann es sogar zu einem Anstieg der EU-Exporte kommen. Im zweiten Teil zeigt die Studie, wie EU-Agrarsubventionen ökologisch und entwicklungspolitisch sinnvoll umgeschichtet werden können: Die Zahlungen sollen direkt den Schutz der Umwelt und der ländlichen Entwicklung fördern. Außerdem sollen Subventionen, die die Produktionskosten senken, beim Export wieder abgeschöpft werden. So könnte das unfaire Preisdumping durch EU-Produkte auf dem Weltmarkt und den Märkten der Entwicklungsländer verhindert werden.

Laura Meissner

Die Studie "EU-Agrarsubventionen auf dem Prüfstand - Kriterien für ihren Umbau" kann ab 15. Dezember bestellt werden (Bestellcoupon S. 4) oder unter www.germanwatch.org/tw/eu-agr05.htm kostenlos heruntergeladen werden.

Agrarpolitik für Bauern weltweit

Interessen von Landwirtschaft und Entwicklungspolitik vereinen

Den Konzernen ist es egal, ob der Zucker aus dem Rohr oder der Rübe gewonnen wird. Sie wollen vor allem billige Preise für landwirtschaftliche Rohstoffe. Den idealen Rahmen für diese Preisschlacht bietet die EU-Agrarpolitik, denn sie forciert in vielen Bereichen die Überschussproduktion. Die Folgen sind fatal. Mit Hilfe von Exportsubventionen werden die Überschüsse künstlich verbilligt auf dem Weltmarkt verkauft und Märkte in anderen Ländern überschwemmt. Daran verdienen vor allem die großen europäischen Agrexportureure. Wegen des Überangebots wird auch den Bauern in Europa immer weniger für Milch, Fleisch oder Gemüse gezahlt.

„Manche Probleme der Bauern bei uns und in den Entwicklungsländern sind sehr ähnlich“, findet Elisabeth Waizenegger, Milchbäuerin im Allgäu. „Wir leiden alle unter dem immensen Preisdruck. Und der führt zu einer Konzentration in der

Landwirtschaft. Die kleinen Bauernhöfe werden überall in der Welt aus der Produktion gedrängt.“

Genau hier setzt das gemeinsame Projekt von Germanwatch und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) an. Die EU-Agrarpolitik soll neu ausgerichtet werden, damit Bauern und Kleinbauern in Nord und Süd künftig gestärkt und in ihrer Existenz gesichert werden. Das Projekt wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziert.

„Lange Zeit haben die Zuckerrübenbauern hier gedacht, dass ihre Marktordnung nicht geändert werden müsste“, sagt die westfälische Bäuerin Ulrike Ottenbrock-Völker. Fallbeispiele, Studien und Diskussionen hätten aber gezeigt, dass die alte EU-Zuckermarktordnung überarbeitet werden muss. „Unsere Bauern wie auch Kleinbauern in den Entwicklungsländern

müssen zu kostendeckenden und fairen Preisen produzieren können.“

„Die Anliegen von uns als AbL stimmen weitgehend mit denen der entwicklungspolitischen Organisationen überein“, sagt AbL-Bundesvorsitzender Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf. „Wir müssen die Kräfte bündeln, um eine nachhaltige und entwicklungsverträgliche Erzeugung politisch durchzusetzen“. Die EU müsse ihre Agrarpolitik an sozialen und ökologischen Kriterien ausrichten, die staatlichen Prämien sollten an die bäuerlich geleistete Arbeit gebunden werden. Auch in den WTO-Verhandlungen solle die EU den qualifizierten Marktzugang sowohl für die Entwicklungsländer als auch für die EU selbst durchsetzen. „Den zerstörerischen Liberalisierungstendenzen muss eine soziale und ökologische Qualifizierung des Welthandels entgegengesetzt werden.“

Berit Thomsen

Arbeitsgem. bäuerl. Landwirtschaft (AbL)

Gegen den Hunger! Für fairen Welthandel! Helfen Sie mit!



Für fairen Welthandel!

Liebe Leserin, lieber Leser,

zwei unserer Handelsexpertinnen, Sarah Kahnert und Kerstin Lanje, befinden sich aktuell vor Ort bei den WTO-Verhandlungen in Hongkong. Sie werden der Öffentlichkeit und den Journalisten berichten, wie viel für die Menschen in den Entwicklungsländern bei diesen Verhandlungen auf dem Spiel steht. Und sie werden den Delegierten der Entwicklungsländer beratend zur Seite stehen.

Warum das nötig ist? Die kleinen Delegationen der ärmeren Länder bekommen meist sehr spät Zugang zu wichtigen Informationen und neuen Vorschlägen. **Oft werden sie von den reichen Ländern gezielt unter Zeitdruck gesetzt und mit wirtschaftlichen Versprechungen und Drohungen zur Zustimmung gedrängt.** Die Industrieländer können dagegen mit großem Aufwand an Personal und Technik arbeiten - ein unfaires Kräfteverhältnis! So gelingt es ihnen immer wieder, neue Zugeständnisse der Entwicklungsländer zu erzwingen - auf Kosten der Menschen in diesen Ländern.

Das wollen wir ändern! Helfen Sie uns dabei. Seit 1991 setzen wir uns für faire Welthandelsbedingungen ein. Dabei sind wir für jede Unterstützung dankbar. Denn unsere Finanzmittel werden immer knapper, unsere Anliegen aber immer wichtiger! **Wir danken Ihnen schon jetzt von Herzen für Ihre Mithilfe und wünschen Ihnen eine friedliche Weihnachtszeit!**

Klaus Milke, Vorstandsvorsitzender

Ja, ich möchte Germanwatch unterstützen.

- Ich werde Mitglied von Germanwatch (Jahresbeitrag 150 Euro, ermäßigt 120 Euro).
- Ich werde regelmäßiger Förderer von Germanwatch mit einem Monatsbeitrag von 5 Euro 10 Euro 20 Euro Euro.
- Ich spende Germanwatch einmalig / jährlich Euro.
- Bitte buchen Sie den Betrag monatlich / jährlich von meinem Konto ab.

Geldinstitut:
BLZ:
Konto-Nr.:
Datum/Unterschrift:
Name:
Vorname:
Straße, Nr.:
PLZ, Ort:
Tel./Fax:
E-Mail:

Vielen Dank!

Bitte ausfüllen und einschicken an: Germanwatch e.V., Voßstr. 1, 10117 Berlin

Ein Überweisungsträger liegt einem Teil dieser Zeitung bei. Ihre Spende ist steuerlich absetzbar. Bis zu einer Summe von 100 Euro gilt Ihr Einzahlungsbeleg oder Kontoauszug als Spendenbescheinigung. Bei Beträgen über 100 Euro erhalten Sie Anfang nächsten Jahres eine Spendenbescheinigung.

TERMINE

- **Hongkong, 13.-18.12.05: WTO-Ministerkonferenz, u.a. mit einem Side-Event von Germanwatch**

www.germanwatch.org/termine

Impressum

Herausgeber:

Germanwatch e.V.

Büro Berlin:

Vofßstr.1

10117 Berlin

Tel.: 030/2888 356-0

FAX: 030/2888 356-1

Büro Bonn:

Kaiserstraße 201

53113 Bonn

Tel.: 0228/60492-0

FAX: 0228/60492-19

Redaktion:

Dörte Bernhardt,

V.i.S.d.P.

Ralf Willinger

Layout: Vofß/Sievers

Auflage: 101.000

Homepage: www.germanwatch.org

E-Mail: info@germanwatch.org

Diese Ausgabe wurde gefördert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Hier vertretene Standpunkte geben die Ansicht der Herausgeber bzw. der Interviewpartner wieder und stellen nicht die offizielle Meinung unserer Förderer dar.

„Zuckerrohr verringert die Armut“

Interview mit Zuckerbauer und Gewerkschaftsführer Reuben Matango aus Tansania

Reuben Matango ist Vorsitzender der Mtibwa Outgrowers Association, einer Gewerkschaft von Zuckerrohrbauern in Tansania mit knapp 5000 Mitgliedern. Er hat eine Farm, wo er mit seiner Frau, drei Kindern und zwei Verwandten lebt. Dort baut er 13 Hektar Zuckerrohr, fünf Hektar Mais und zehn Hektar Reis an. Außerdem besitzt er eine Kuh.

Herr Matango, welche Rolle spielt Zuckerrohr für ihre Region?

Zuckerrohr ist sehr wichtig für uns, gerade für die Morogoro Region. Für die Mehrzahl der Bauern ist Zuckerrohr das Hauptanbauprodukt. In meiner Region hat das Zuckerrohr die Armut enorm verringert, hier sind die Lebensbedingungen viel besser als anderswo in Tansania. Von 1997 bis 2004 hat sich die Zahl der Zuckerrohrbauern hier fast verdreifacht. Gleichzeitig ist die Zahl un-

serer Mitglieder, die weniger als 240.000 Schillinge (etwa 24 US-Dollar) im Monat verdienen, von 64% auf 22% gefallen. Jetzt haben die Leute Geld, um Medikamente und Schulgebühren zu zahlen. Es wurden Schulen, Krankenhäuser und Infrastruktur gebaut. Auch meine Gewerkschaft unterstützt den Bau von drei weiterführenden Schulen. Dies alles zeigt, dass der Anbau von Zuckerrohr ein gutes Mittel ist, um die Armut zu bekämpfen.

Was für Auswirkungen wird die Reform des EU-Zuckermarktes auf Ihre Region haben?

Das Problem ist, dass wir hier keinerlei Subventionen haben. Deshalb war es so wichtig, dass die EU uns bisher feste Importmengen garantiert hat, schon seit dem ersten Lomé-Vertrag 1975 und später dem Cotonou-Abkommen. Und nun wird sie das System in kurzer Zeit ändern. Die Leute kön-

nen hier die Betriebe nicht so schnell umstellen, wir brauchen sehr viel mehr Zeit, um uns darauf vorzubereiten. Die Preissenkung um 36% ist katastrophal: Ich denke, Tansania wird in fünf Jahren keinen Zucker mehr exportieren. Denn die Produktionskosten sind zu hoch. Tansania wird über 11 Millionen Euro pro Jahr verlieren, allein die Bauern in unserer Region 2,8 Millionen Euro. Das ist ein Desaster. Die Entwicklung der Region wird aufhören, die sozialen Dienste werden zusammenbrechen und der Lebensstandard sinken. Es werden wieder mehr Menschen an Krankheiten wie Malaria und AIDS sterben. Das alles werden direkte Effekte der Reform sein.

Was erwarten Sie deswegen von der EU?

Die EU soll unsere Probleme verstehen und welche Auswirkungen die Reform für uns haben wird. Sie muss



akzeptieren, dass wir mehr Zeit brauchen, um unsere Industrie zu modernisieren und die Produktionskosten zu senken. Erst dann können wir auf dem Weltmarkt bestehen und exportieren. Solange brauchen wir Gelder, um unsere Bauern zu unterstützen.

Das Gespräch führten Kerstin Lanje & Rosemarie Zenker.

Enttäuschende Zuckermarktreform

Am 24.11.2005 haben die EU-Agrarminister die 40 Jahre alte Zuckermarktreform reformiert. Ab dem Wirtschaftsjahr 2006/07 werden die Garantiepreise für Weißzucker bis 2010 um 36 Prozent sinken. Das trifft alle Bauern, die den europäischen Markt beliefern. Die europäischen Landwirte kommen dabei mit einem blauen Auge davon: Sie erhalten eine Kompensation von 64 Prozent. Einzige Bedingung: Es muss umweltschonend angebaut werden. Auch Betriebe, die aufgeben müssen, werden großzügig entschädigt. Die hohen Verluste von Bauern in Entwicklungsländern werden dagegen kaum kompensiert. Die AKP-Staaten (Länder aus Afrika, Karibik- und Pazifikraum) verlieren durch die Preissen-

kung schätzungsweise 500 Millionen Euro pro Jahr. Die als Entschädigung beschlossenen Hilfsprogramme für diese Länder umfassen bisher aber nur 40 Millionen Euro im Jahr 2006. Und die ärmsten, sogenannten am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) bekommen gar keine Entschädigung. Zudem ist unklar, ob die Reform die EU-Zuckerüberschüsse reduzieren kann. Das Dumping von subventionierten EU-Überschüssen auf dem Weltmarkt drückt die Preise und geht damit auf Kosten der Bauern in Entwicklungsländern. Die Reform wurde von den Entwicklungsländern und von Germanwatch scharf kritisiert.

Rosemarie Zenker

Hohe Gewinne mit Zuckerrüben

Interview mit Rübenbauer Hans Rudolf aus Ostwestfalen

Seit 1965 bewirtschaftet Hans Rudolf seinen Hof im ostwestfälischen Häger. Er bebaut rund 60 Hektar Ackerfläche mit Weizen, Gerste, Mais, Raps und Zuckerrüben. Außerdem betreibt er eine Schweinezucht mit 75 Sauen und Ferkelmast.

Herr Rudolf, wieviel Hektar Zuckerrüben bauen Sie an?

Etwa drei Hektar, das ist relativ wenig. Als ich mit dem Rübenanbau anfang war alles noch Handarbeit, da war das schon viel. Dadurch dass nun die Unkrautbekämpfung chemisch erfolgt und die Erntearbeiten gut mechanisierbar sind, ist aus der Rübe eine Mähdreschfrucht geworden. Der Preis, der ursprünglich für die Rüben gezahlt wurde, war damals gerechtfertigt, aber heute ist der Gewinn pro Hektar unverhältnismäßig hoch.

Was für Auswirkungen wird die Reform des EU-Zuckermarktes für Sie haben?

Ich werde vielleicht 2000 bis 3000 Euro weniger pro Jahr haben - das ist schon was, aber nicht so gravierend. Ich hänge viel mehr ab von den Schweinepreisen. Hier gibt es aber Landwirte, die 10 Hektar Quote für Zuckerrüben haben, für die spielt das natürlich eine erhebliche Rolle. Die sind sehr empört.

Wie ist Ihre persönliche Meinung zur Neuregelung der Zuckermarktreform?

Beim Preis hätte man eine Senkung um 15 % in Kauf nehmen können. Die Ausgleichszahlungen sollte man hingegen streichen, dann würde sich der Preis nach Angebot und Nachfrage einpendeln. Ich fände es gut, die Produktion in der EU soweit zu reduzieren, dass wir rund 15 Prozent der Zuckermenge aus den ärmsten Ländern

der Welt zu hohen Preisen importieren können. Das hieße natürlich bei einer momentanen Überproduktion von 15 %, dass wir 30 % der Rübenquote reduzieren müssten. Grundsätzlich schaden Quotenkürzungen Betrieben mit hohen Quoten natürlich weniger als Betrieben mit geringen Quoten. Deren Quoten sollte man zunächst einmal nicht antasten.

Wie sehen Sie die Auswirkungen der Zuckermarktreform auf Ihre Region?

Das ist ein schwieriges Thema, weil wir hier nur eine kleine Fabrik haben. Wenn reduziert würde, kann sie möglicherweise nicht mehr rentabel arbeiten. Damit wäre der Zuckerrübenanbau in dieser Region tot, was ein großer Verlust für viele Bauern wäre. Eine Alternative für unsere Region könnte Hanf sein. Aber das ist noch ungewiss.

Interview: Katja Seis

Bestellen: Neue Publikationen

Alle hier gelisteten Publikationen können Sie bei den Internet-Links kostenlos herunterladen oder zum angegebenen Preis bestellen (zuzüglich 2 Euro Versandkostenpauschale). Mitglieder, Förderer, Kampagneros und Zustifter der Stiftung Zukunftsfähigkeit erhalten die Publikationen zum halben Preis. Der Versand erfolgt gegen Rechnung, alternativ bitte den fälligen Betrag in Briefmarken beilegen. Bestellung bei:

versand@germanwatch.org, oder telefonisch unter 0228/60492-0

- Studie: EU-Agrarsubventionen auf dem Prüfstand - Kriterien für ihren Umbau: Einzel Exemplare kostenlos (nur Versandkosten). www.germanwatch.org/tw/eu-agr05.htm
- Studie: Anforderungen an eine Reform der EU-Milchmarktordnung aus Sicht von bäuerlichen Organisationen in Nord und Süd: kostenlos (nur Versand). www.germanwatch.org/tw/milch.htm
- Studie: Sonder- und Vorzugsbehandlung für Entwicklungsländer: 8 Euro. www.germanwatch.org/tw/sdt05d.htm
- Flyer: Eine Neuorientierung der EU-Agrarpolitik: kostenlos (nur Versandkosten) deutsch: www.germanwatch.org/tw/gap05d.pdf engl.: www.germanwatch.org/tw/gap05e.pdf
- Die Zukunft des Zuckers - Optionen für eine entwicklungspolitisch und ökologisch nachhaltige Zuckerpolitik. Dokumentation der Veranstaltung vom 21.9.05: 8 Euro www.germanwatch.org/tw/zu-dok05.htm
- Ethanol aus Zucker? Aus ökologischer und sozialer Perspektive. Dokumentation der Veranstaltung im Rahmen der „Aktionstage Ökolandbau NRW“ in Bielefeld am 28.6.05: 5 Euro www.germanwatch.org/tw/eth05.htm
- Studie: Fünf Jahre danach: Eine Bilanz der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen und der Nationalen Kontaktstellen: 5 Euro www.germanwatch.org/tw/oecdw-5y.htm

www.germanwatch.org/pub

Name, Vorname

Evtl. Organisation/Firma

Straße.....

PLZ, Ort

Tel./Fax:.....

E-Mail:.....

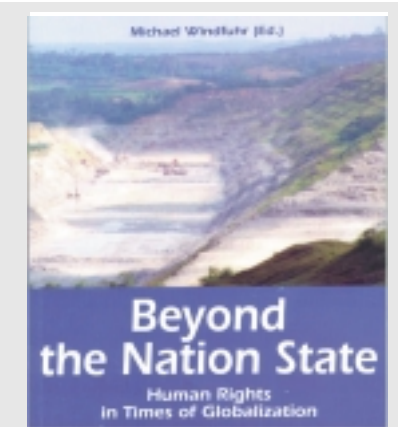
An: Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn
bzw. formlose E-Mail an: **versand@germanwatch.org**

Menschenrechte in der globalen Welt

Herausgeber Michael Windfuhr hat für dieses nur auf englisch erschienene Buch 15 Autoren aus aller Welt zusammengbracht. Sie untersuchen, wie multilaterale Institutionen wie die WTO, regionale Institutionen wie die EU und transnationale Konzerne dazu gebracht werden können, die Menschenrechte einzuhalten. Unter den Autoren sind Mary Robinson, ehemals irische Präsidentin und UN-

Hochkommissarin für Menschenrechte und Cornelia Heydenreich von Germanwatch.

Michael Windfuhr (Hrsg.): Beyond the Nation State – Human Rights in Times of Globalization. Sida Schweden, 2005, 275 S., 19,90 Euro. Zu bestellen bei FIAN-International: Tel. 06221-6530030. Fax 06221-830545.



Wer wir sind, was wir wollen

Germanwatch ist eine gemeinnützige, unabhängige und überparteiliche Nord-Süd-Initiative. Seit 1991 setzen wir uns dafür ein, die deutsche, europäische und internationale Politik am Leitbild der sozialen und ökologischen Zukunftsfähigkeit für Süd und Nord auszurichten. Die sogenannten Entwicklungsländer müssen die Chance zu einer eigenständigen Entwicklung bekommen. Germanwatch bereitet den Boden für notwendige Veränderungen. Denn nur durch eine ökonomische und ökologische Umorientierung im Norden werden die Menschen im Süden unter menschenwürdigen Bedingungen leben können.

Gezielter Dialog mit Politik und Wirtschaft, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen sind zentrale Elemente unserer Arbeitsweise. Entwicklungspolitik, Klimaschutz, Ernährungssicherung, Richtlinien für Unternehmen sowie die soziale und ökologische Gestaltung der Weltwirtschaft sind unsere Schwerpunkte.

Germanwatch lebt durch die Aktivitäten seiner Mitglieder und Förderer. Wir würden uns freuen, wenn Sie unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen. Weitere Informationen unter www.germanwatch.org oder kostenlos per Post (Anfrage bitte 1,44 Euro in Briefmarken beilegen):

Germanwatch e.V., Vofßstr. 1, 10117 Berlin, oder Kaiserstr. 201, 53113 Bonn

Spendenkonto 32 12 300, Bank für Sozialwirtschaft Berlin (BLZ 100 20 500),

Aus dem Ausland: BIC/Swift: BFSWDE31BER, IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00